

## Die EU als rettende Kraft: Prioritäten für einen positiven Multilateralismus

Heute, im Jahr 2018, schauen wir bereits mit Wehmut zurück auf das Jahr 2015. Warum? Es markierte einen Höhepunkt des Multilateralismus, der nun gegen wachsenden Populismus und „Pseudodemokratien“ angehen muss. Wir sehen uns plötzlich gezwungen, die globale, regelbasierte Ordnung zu verteidigen.

Das Jahr 2015 scheint lange her. Damals hatte sich die Welt zu den Zielen nachhaltiger Entwicklung und dem Pariser Klimaschutzübereinkommen verpflichtet. Das Versprechen bestand darin, extreme Armut zu beseitigen, Ungleichheit zu bekämpfen, Frieden und Wohlstand zu fördern und den Klimawandel zu stoppen.

Die Europäische Union (EU) hat ein starkes Interesse daran, den Multilateralismus aufrecht zu erhalten. Die wirtschaftliche Macht dieses weltweit größten Marktes basiert auf einem regelbasierten Handels- und Finanzsystem. Und die politische Stärke der EU ist abhängig von einem funktionierenden Rechtsstaat. Nach außen ist die EU der weltweit bedeutendste Geber von Entwicklungshilfe und eine wichtige Stimme bei der Verteidigung der Menschenrechte. In ihrem Inneren muss sie ihre Werte aufrechterhalten, ebenso wie die Fähigkeit zur Zusammenarbeit.

Von Anfang an hat die EU eine Form der multilateralen Zusammenarbeit gefördert, die nicht auf ein engstirniges Selbstinteresse abzielte, sondern auf eine Kooperation, deren allseitigen Vorteile in der Summe größer sind als ihre einzelnen Bestandteile.

Heute erfordern globale Herausforderungen globales Handeln. Die Ziele nachhaltiger Entwicklung der Agenda 2030 setzen einen Rahmen. Für die EU gibt es fünf Prioritäten.

Erstens: Sie muss eine nachhaltige, gerechte Globalisierung vorantreiben, sodass die Bürger im In- und Ausland von den Vorteilen des fairen Handels und der Investitionen profitieren. Für viele Länder, die Erfolge bei der Verringerung anhaltender Armut erzielen, ist die Beteiligung an der Weltwirtschaft durch Handel entscheidend gewesen. Deshalb sind Handelsregeln und ein Abbau von Handelsbarrieren so wichtig. Und die Bekämpfung der Ungleichheit weltweit und innerhalb der EU unterstützt langfristig wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Stabilität.

Zweitens: Die EU muss die Nachhaltigkeitsrevolution in die Wege leiten, die erforderlich ist, um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern. Die EU spielt eine wichtige Rolle in der Entwicklung und Verbreitung von Investitionen, Technologien und Maßnahmen, mit denen eine Wende in den Bereichen Energie, Wasser, Landwirtschaft und Konsum herbeigeführt werden kann. Und sie muss Maßnahmen zur Anpassung an höhere Temperaturen, steigende Meeresspiegel, veränderte Wetterverhältnisse und extreme Wetterereignisse voranbringen.

The members of the European Think Tanks Group (ETTG)

Drittens: Sie muss Konflikte angehen, in Prävention investieren, zivile und militärische Maßnahmen zur Stabilisierung und Friedenskonsolidierung ergreifen und international gegen den Waffenhandel vorgehen. Deshalb muss sich eine neu ausgerichtete Entwicklungszusammenarbeit damit befassen, wie man mit komplexen Bedrohungen der Sicherheit umgehen soll, wie zum Beispiel in der Sahelzone oder in Myanmar, und mit den Auswirkungen von Kriegen auf die Zivilbevölkerung, wie zum Beispiel im Jemen oder Syrien. Hier sind keine schnellen Erfolge oder kurzfristigen Engagements zu erwarten. Fortschritte erfordern neben humanitärer und Entwicklungshilfe die hohe Kunst der Diplomatie und der Verteidigung.

Viertens: Die EU muss Migrationspolitik über die Grenzen der „Festung Europa“ hinaus betreiben. Dazu gehört, die Rechte der Flüchtlinge zu achten und die zahlreichen Vorteile anzuerkennen, die eine legale, sichere Migration mit sich bringt – und zwar nicht nur für die Flüchtlinge selbst. Migration steigt zu Beginn gelingender wirtschaftlicher Entwicklung eher als dass sie fällt: Investitionen in die Herkunftsländer verringern den Migrationsdruck, dies jedoch nur auf lange Sicht.

Fünftens: Die EU muss Menschenrechte und demokratische Normen innerhalb der EU und weltweit fördern.

Es ist nicht selbstverständlich, dass „Europa“ in all diesen Fällen das Instrument der Wahl ist. Europäische Staaten müssen die Arbeit der Vereinten Nationen unterstützen und die von Institutionen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds. „Europa“ muss daher sein Handeln stets begründen.

Allerdings bringt die Europäische Union auch viele Aktiva ein und kann auf eine stolze Erfolgsbilanz verweisen: Sie ist der Demokratie und rechenschaftspflichtigen Institutionen verpflichtet; Union und Mitgliedstaaten sind gemeinsam der bedeutendste Entwicklungshilfe-Geber der Welt; gemeinsame Anstrengungen machen sie zu einem Pionier im Klimaschutz; sie verfolgt eine progressive Handelspolitik, in der Arbeits- und Umweltstandards eine hohe Bedeutung zukommt; und sie besitzt viel Erfahrung mit zivilen und militärischen Friedenssicherungsmissionen.

Darüber hinaus haben die Maßnahmen, welche die EU selbst intern ergreift, einen entscheidenden Einfluss auf die Erreichung der Ziele nachhaltiger Entwicklung. So ist zum Beispiel der Ausstieg aus der Kohle genau das, was die Marshall Islands und andere Länder, die unter dem Klimawandel leiden, brauchen und einfordern.

Es ist viel zu tun und viele Entscheidungen stehen an. Der EU-Haushalt mit Wirkung bis ins Jahr 2027 wird derzeit verhandelt. Für Mai 2019 ist ein Gipfel in Sibiu, Rumänien geplant, um den Prozess einer europäischen Erneuerung in Gang zu bringen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament werden auch im Mai stattfinden. Es gibt nicht den einen, unumstrittenen Reformplan. Diese zusammenhängenden Prozesse müssen unterschiedliche Zukunftsszenarien diskutieren und entsprechende politische und finanzielle Optionen skizzieren. Ende 2019 wird dann für die neue Europäische Kommission eine Agenda

The members of the European Think Tanks Group (ETTG)

feststehen. Diese Agenda kann sich nicht in einer leeren, abstrakten Diskussion über mehr oder weniger Europa erschöpfen. Unsere Vision eines positiven Multilateralismus benötigt feste Zusagen. Das sollten wir von nationalen Regierungschefs, Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der neuen Kommission einfordern.

- **Lucien Chabason**, kommissarischer Direktor des Institut du Développement Durable et des Relations Internationales in Paris, Frankreich
- **James Mackie**, kommissarischer Direktor des European Centre for Development Policy Research in Maastricht, Niederlande
- **Simon Maxwell**, Chair der European Think Tanks Group
- **Imme Scholz**, kommissarische Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik in Bonn, Deutschland
- **Alex Thier**, Geschäftsführer des Overseas Development Institute in London, Großbritannien
- **Nathalie Tocci**, Direktorin des Istituto Affari Internazionali in Rom, Italien

Die genannten Institutionen sind Mitglieder der *European Think Tanks Group* – einem Netzwerk führender europäischer Think Tanks, die sich mit internationaler Entwicklung und humanitärer Hilfe befassen. [www.ettg.eu](http://www.ettg.eu)

The members of the European Think Tanks Group (ETTG)